

BEKANNTMACHUNG DES BERGAMTES STRALSUND

vom 25.05.2016

Die

André Voß Erdbau & Transport GmbH
Am Liepengraben 6
18147 Rostock

hat beim Bergamt Stralsund nach § 52 Abs. 2a, §§ 57a bis 57c des Bundesberggesetzes (BBergG) vom 13.08.1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 71 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154), die

Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens zur Zulassung des Rahmenbetriebsplanes Warnemünde Ost

beantragt.

Der Rahmenbetriebsplan sieht die Gewinnung von marinen Sanden aus der Ostseelagerstätte Warnemünde Ost mittels eines geeigneten Gewinnungsschiffes vor. Die Unterlagen umfassen die Vorhabenbeschreibung (Rahmenbetriebsplan), die Umweltverträglichkeitsuntersuchung, den Artenschutzfachbeitrag, den landschaftspflegerischen Begleitplan sowie die ökologische Begleituntersuchung.

Die vollständigen Antragsunterlagen liegen in der Zeit

vom 28.06.2016 bis 27.07.2016

im **Bergamt Stralsund**
Frankendamm 17
18439 Stralsund

montags bis freitags

von 09:00 Uhr bis 12:00 Uhr

montags bis donnerstags auch

von 13:00 Uhr bis 15:30 Uhr

zu jedermanns Einsichtnahme aus. Außerdem können die Antragsunterlagen im genannten Zeitraum auf der Homepage des Bergamtes (www.bergamt-mv.de) eingesehen werden.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist

bis einschließlich 10.08.2016

(Einwendungsfrist), schriftlich oder zur Niederschrift beim Bergamt Stralsund, Frankendamm 17, 18439 Stralsund, Einwendungen gegen den Plan erheben.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 73 Abs. 4 Satz 3 VwVfG M-V).

Für die anerkannten Vereinigungen im Sinne von § 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG M-V gilt die vorgenannte zweiwöchige Einwendungsfrist entsprechend zur Abgabe von Stellungnahmen (§ 73 Abs. 4 Satz 5 i.V.m. Satz 1 VwVfG M-V). Nach Ablauf der Frist sind alle Einwendungen und Stellungnahmen ausgeschlossen, soweit sie nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 73 Abs. 4 Satz 6 i.V.m. Satz 3 VwVfG M-V).

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), gilt für das Verfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Gleichförmige Eingaben, die die genannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten oder dem Erfordernis, dass Vertreter nur eine natürliche Person sein kann, nicht entsprechen, können unberücksichtigt bleiben.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist werden die rechtzeitig gegen den Plan erhobenen Einwendungen, die rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von Vereinigungen sowie die Stellungnahmen der Behörden zu dem Plan mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie denjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, erörtert (§ 73 Abs. 6 Satz 1 VwVfG M-V).

Die Behörden, der Träger des Vorhabens und diejenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, werden von dem Erörterungstermin benachrichtigt. Sind außer den Behörden, dem Träger des Vorhabens mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese Benachrichtigungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind.

Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstandene Kosten werden nicht erstattet.



Hanjo Polzin
Dezernatsleiter

